

Good Practice – Beispielhafte Bildungsarbeit

Seminar „1000 Euro (monatlich ohne Arbeit) für jeden: das Schlaraffenland oder notwendige Entwicklungsbedingung für ein selbstbestimmtes Leben?“ (5. August 2010)

Veranstalter: Europazentrum Brandenburg-Berlin des Europäischen Regionalen Fördervereins e. V.

Inhalt:

Zusammenfassung

Inhalt und Programm

Fazit

Impressum

Herausgeberin:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Bonn © 2010

Redaktion:

Sonja Lenz, bpb

Autor:

Andreas Gudat-Wengenroth

Zusammenfassung

Veranstaltung

„1000 Euro (monatlich ohne Arbeit) für jeden: das Schlaraffenland oder notwendige Entwicklungsbedingung für ein selbstbestimmtes Leben?“

Eine Wertediskussion am Beispiel des bedingungslosen Grundeinkommens.

Datum

5. August 2010

Veranstalter

Europazentrum Brandenburg-Berlin des Europäischen Regionalen Fördervereins e. V.

<http://www.europazentrumbb.de>

Teilnehmende (TN)

7 Frauen und 2 Männer im Alter zwischen 21 und 53 Jahren aus Mecklenburg-Vorpommern, Uckermark. Die TN waren Beschäftigte in der Gastronomie, Verkäuferin, Textilfacharbeiterin, Ausbilder, Floristin, Pflegeassistentin und Beschäftigte in (eigenen) landwirtschaftlichen Betrieben. Fast alle TN hatten früher schon einmal mit der Bildungseinrichtung in Kontakt gestanden: Als Mitglieder einer sozialen und/oder beruflichen Qualifizierungsmaßnahme, durch gesellschaftliche Veranstaltungen oder einfach durch die räumliche Nähe zum Projekt.

Lernziel

- Kennenlernen und Bewerten einer gesellschaftlichen Umgestaltungsidee, die von einer Entkoppelung von Erwerbstätigkeit und Einkommen ausgeht
- kritische Hinterfragung des bestehenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems und Förderung der Befähigung, sich persönlich dazu zu positionieren
- Anregung einer Wertediskussion, die die TN dazu herausfordert, sich in der bestehenden Gesellschaft besser zu verorten und sich ggf. gestaltend in in ihr zu engagieren

Methoden

Lehrgespräche, Referate, Diskussionen

Referenten

Mitarbeiter des Veranstalters und Referent/Gründungs- und Vorstandsmitglied der Bürgerinitiative

Inhalt und Programm

Donnerstag, 5. August 2010

Ganztägig

In seiner Einführung leitete der Referent in die Thematik mit der Frage ein, was die TN machen würden, stünde ihnen monatlich ein Betrag von 1000 Euro zur Verfügung, dessen regelmäßige Zahlung an keinerlei Bedingungen geknüpft sei. Einheitlich äußerten die Beteiligten die Meinung, dass sich hiermit zwar die grundlegenden Sorgen erübrigt hätten, dass aber bestehende Arbeitsverhältnisse oder die Teilnahme an berufsfördernden Maßnahmen nicht (unbedingt) aufgegeben werden würden.

Der Referent erläuterte in einem kurzen historischen Exkurs die Idee des „Bürgergeldes“, die schon auf Thomas Payne zurückgehe. Hierbei legte er besonderen Wert auf den emanzipatorischen Charakter dieser Idee: es gehe nicht um einen „Ersatz für Arbeit“, sondern um Setzung von humanen und angstfreien Rahmenbedingungen für Arbeit. Dabei zeigte sich, dass es zu Beginn eine große Skepsis gegenüber der Realisierung der Forderung nach einem BGE gab. Deutlich wurde in der daran sich entwickelnden Diskussion, dass die Durchsetzung solcher Forderungen und Ideen einer großen Bürgerbeteiligung bedürfen. Nicht die Idee selber wurde in Frage gestellt, sondern deren Durchsetzbarkeit unter den gegenwärtig herrschenden politischen Bedingungen. Anschließend gab der Referent einen Überblick über die aktuelle Situation in der BRD und ging auf den Wandel der Wirtschaft ein. In diesem Kontext referierte er die Historie der Gesetzgebung von Hartz IV und erläuterte die gravierenden weltweiten wirtschaftlichen Veränderungen, wie etwa: Internethandel, die voranschreitende Industrialisierung, die Finanz- und Wirtschaftskrise und die damit einhergehende Freisetzung von Arbeitskräften, was einen Widerspruch zwischen dem politischen Ideal (Vollbeschäftigung) und dem wirtschaftlichen Ideal (Nullbeschäftigung) zur Folge hätte. Er erläuterte den großen (finanziellen) Aufwand der „Verwaltung von Arbeitslosigkeit“, und ihren Folgen (Veränderungen im Niedriglohnsektor, Hartz IV, „1-Euro-Jobs“, staatl. Subventionierung, etc.) und stellte dieser das Modell des bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) gegenüber.

Im Anschluss erklärte er schrittweise dessen Finanzierung in Form einer Umverteilung des Geldes. Die Konsequenz des BGE wäre, dass Arbeitgeber zukünftig um Arbeitnehmer mit besseren Arbeitskonditionen werben müssten, was eine Motivation auf beiden Seiten hervorrufen würde. Die Politik sei nicht länger erpressbar von Seiten der Wirtschaft, das Arbeitsklima würde sich für Arbeitnehmer insgesamt verbessern.

Im Folgenden diskutierten die TN über die gesellschaftliche Akzeptanz des BGE, der Referent ergänzte die Diskussion mit einer kurzen Darstellung der verschiedenen Positionen der bundesdeutschen Parteien und des IFOR-Instituts zum BGE und nannte Banken, die dieses Konzept unterstützen.

Zum Schluss wurde anhand eines Projektes in Namibia der Feldversuch für die erfolgreiche Etablierung des BGE (angepasst an namibische Verhältnisse) veranschaulicht: Nach anfänglichen Schwierigkeiten, die durch eine kleine Änderung der Auszahlungsmodalitäten (bei der dann zuerst die Frauen die Kontrolle über das Geld erhielten) behoben wurden, funktioniere das System nun sehr gut.

Fazit

Die Besonderheit des Seminars bestand zum einen in der heterogenen Zusammensetzung der TN-Gruppe und zum anderen in der Aktualität des Themas: Es stellte den Bezug zur gegenwärtig laufenden Diskussion über die Kostensteigerung im Gesundheitswesen, die allgemeine Spardiskussion, die Rentengarantie und „Hartz IV“ her.

Dies war für die TN von besonderem Interesse, da die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens für Bewohner strukturschwacher Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit und wenig Arbeitsplätzen einen alternativen Ausweg aus dem Dilemma zwischen wachsenden Sozialausgaben und Mindereinnahmen des Staates darstellt. Trotz – oder gerade wegen – der viel beschworenen „Krise der Staatsfinanzen“ hat die politische Diskussion über das bedingungslose Grundeinkommen als aktueller Daseinssicherung in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen: So wurden Versatzstücke dieser Idee, z. B. Vorschläge zu einem sog. „bedarfsgerechten Bürgergeld“ im Vorfeld der Bundestagswahl in die politische Diskussion gebracht.

Des Weiteren stellten sich im Umfeld der Thematik auch grundsätzliche Fragen, die zum Engagement und zur Eigeninitiative anregen: In was für einer Gesellschaft wollen wir leben? Was ist unser Bild vom mündigen Menschen? Was hält unsere Gesellschaft im Kern zusammen? Wie sieht unsere Werteordnung aus?

Das Seminar griff insofern grundsätzliche Zukunftsängste der Menschen in strukturschwachen Regionen auf und zeigte, wie „radikale“ Positionen aussehen können, die eindeutig humanistische Wurzeln haben. Es stellte damit auch ein Stück Präventionsarbeit gegenüber der Propagierung von inhumanen extremistischen Gesellschaftsentwürfen dar.